

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

Akzeptierende Jugendarbeit

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 15/81 S eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Wie groß ist nach Auffassung des Senats die Anzahl der Jugendlichen in Bremen, die in rechtsradikalen Jugendszenen oder Parteien organisiert sind? Wie ist nach Auffassung des Senats diese Zahl im Vergleich zu anderen deutschen Städten zu bewerten?

Dem Senat liegen keine gesicherten Erkenntnisse über die Anzahl der Jugendlichen in Bremen, die in rechtsradikalen Jugendszenen oder Parteien organisiert sind, vor. Demzufolge ist ein diesbezüglicher Vergleich mit anderen Städten nicht möglich.

2. Sind dem Senat Übergriffe rassistischer und rechtsradikaler Jugendgruppen auf Jugend- und Schülergruppen bekannt? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden dagegen vor Ort ergriffen?

Dem Senat sind organisierte Übergriffe von Jugendgruppen mit rassistischem oder rechtsradikalem Hintergrund in Bremen nicht bekannt. Im Rahmen von Schlägereien auf Schützenfesten, in Diskotheken und Kneipen fallen Jugendliche aus rechten Szenen gelegentlich gewalttätig auf.

3. Inwieweit hat sich die jugendliche rechtsradikale Subkultur in den letzten Jahren in ihrem alltäglichen Verhalten geändert? Ist die Organisationsbereitschaft bei rechtsradikalen Jugendlichen gestiegen?

Von den rechtsextremen Parteien (NPD, DVU, Republikaner) hat lediglich die NPD mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) eine eigene „Jugendorganisation“ eingerichtet. Im Lande Bremen sind die Jungen Nationaldemokraten seit einigen Jahren nicht mehr existent.

Im Rahmen der Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen besteht regelmäßiger Kontakt zu ca. 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von denen wiederum nur ein Drittel als Rechtsradikale bzw. politisch Organisierte zu bezeichnen sind. Der im Feld tätige Jugendhelfer differenziert dabei zwischen fünf Bereichen, die durch personelle Überschneidungen miteinander verwoben seien:

- a) Jugendliche mit periodischem bzw. anlassbezogenem Agieren in rechtsradikalen Zusammenhängen. Die Beteiligung Jugendlicher an so genannten „Aufmärschen“ wurde zumeist von der NPD organisiert.
- b) Jugendliche, die dauerhaft eingebunden sind und teilweise „nationalrevolutionäre Gedanken“ vertreten. Einbindung und Organisation erfolgen in Bremen durch die NPD.
- c) Jugendliche, die sich in so genannten „Freien Kameradschaften“ zusammenschließen. Hier gibt es tendenziell eine Distanzierung von Einbindungsversuchen organisierter Parteien, gleichwohl aber direkte Beziehungen.

- d) Jugendliche, die sich der so genannten „Hammerskin“-Szene zurechnen, die sich durch besonders rassistische Einstellungen von anderen Skinhead-Gruppierungen abhebt und sich als „Elite“ rechten Lebensstils versteht. Es handelt sich dabei um einen internationalen Zusammenschluss, der auch in Bremen eine Dependence hat.
- e) Jugendliche, die über Rechtsrock und rechten Skinhead-Musikkult politisch positioniert werden bzw. sind. Bremer Jugendliche haben sich an einer Reihe derartiger Musikveranstaltungen im Bremer Umland beteiligt.

Für die bremische Szene lassen sich keine gesicherten Tendenzen beschreiben. Im Zusammenhang mit Erkenntnissen aus aufsuchenden Arbeitsansätzen der präventiven Erziehungshilfe verweist der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales darauf, dass sich Kontakte zwischen der organisierten rechtsextremistischen Szene und rechtsorientierten Strömungen der Jugendkultur zu stabilisieren scheinen. So gelingt es beispielsweise offensichtlich den Jungen Nationaldemokraten, eine beachtliche Zahl nicht organisierter junger Menschen zu Sonderaktionen, wie zum Beispiel ihren so genannten Aufmärschen zu mobilisieren.

Insgesamt sind rechte Cliques und Gruppierungen an öffentlichen Plätzen weniger präsent als noch vor fünf Jahren. Nach Auskunft des Vereins für akzeptierende Jugendarbeit hängt das damit zusammen, dass diese Cliques sich eher versteckt in private Räume zurückgezogen haben, um einer Konfrontation mit rivalisierenden anderen Jugendlichen aus dem Wege zu gehen. Größere Zusammentreffen rechter Szenen sind im Zusammenhang mit speziellen Konzertveranstaltungen zu beobachten.

4. Welche Rolle spielt die Nutzung des Internets für die Präsentation der rechtsradikalen Bremer Jugendszene einerseits und für die Wirkung auf andere Jugendliche andererseits? Welche inhaltlichen und technischen Konsequenzen zieht der Senat daraus für die Vermittlung der Medienkompetenz in Schulen und Jugendeinrichtungen?

Im Internet können weltweit Informationsinhalte aus allen gesellschaftlichen Bereichen zum Ortstarif abgefragt oder vermittelt werden. Das Medium wird für rechte Parteien und Organisationen attraktiv, da hierüber ein schneller und anonymer Zugang ermöglicht wird. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt einen ständigen Anstieg rechtsradikaler Webseiten. Über die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften und die gemeinsame Länderstelle jugendschutz.net ist bekannt, auf welche Weise Rechtsextreme das Internet für Propagandazwecke, zur Diffamierung von Juden und anderen Volksgruppen und insbesondere zur Leugnung der Judenvernichtung im Dritten Reich nutzen.

Die Abteilung Medien/Landesbildstelle im Landesinstitut für Schule hat vorsorglich die Lehrkräfte in den bremischen Schulen über ihr Mitteilungsblatt ML-INFO auf rechtsextreme Aktivitäten im Internet aufmerksam gemacht und besonders vor scheinbar seriösen Texten gewarnt, die in wissenschaftlicher Sprache den Mord an Juden in den Konzentrationslagern in Frage stellen und die von Schülerinnen und Schülern aufgrund ihrer sachlichen Diktion nicht auf Anhieb als geschichtsklitternde Machwerke zur Verbreitung von Unwahrheiten erkennbar sind.

Die in der Antwort zu Frage 3 genannten rechtsextremen Parteien und Organisationen sind mit eigenen Homepages im Internet vertreten. In Bremen ist insbesondere die NPD und ihre Jugendorganisation mit einer eigenen Homepage vertreten. Jugendliche können – ohne selbst Mitglied werden zu müssen oder sich im Alltag einer rechten Clique zugehörig fühlen zu müssen – über das Internet an der rechten Szene partizipieren. Sie können Informationen über Aktionen, Konzerte oder Aufmärsche erhalten.

Auch wenn die öffentliche Präsentation des Selbstverständnisses und der politischen Auffassungen durch die Nutzung des Internets sicherlich erleichtert wird, kann die Wirkung dieser Präsentationen auf andere Jugendliche in Bremen nicht beurteilt werden. Der Senator für Inneres, Kultur und Sport weist darauf hin, dass nach seinen Erkenntnissen eine Tendenz, sich dem organisierten Rechtsextremismus anzuschließen, nicht feststellbar ist.

Der Senat hält die Vermittlung von informationskritischer Medienkompetenz für einen geeigneten Weg, etwaige Gefährdungen durch Internetnutzung zu begegnen. Entsprechende Bemühungen der Schule und der außerschulischen Jugendarbeit sollen deshalb weiter verstärkt werden.

5. Welche Angebote gibt es in der Jugendhilfe und im Jugendstrafrecht, gezielt diese Personengruppe anzusprechen? Inwieweit werden diese Angebote aktualisiert und konzeptionell weiterentwickelt?

Im Rahmen des vom Jugendhilfeausschuss im Jahre 1995 beschlossenen Konzeptes für die aufsuchende Jugendarbeit mit Cliques arbeitet der Verein für akzeptierende Jugendarbeit auch mit rechtsorientierten Jugendcliques. Die Kontakt- und Begleitarbeit, das Herstellen unmittelbarer Beziehungsebenen und das Hineingehen in die Lebenswelten der Jugendlichen haben zu einer intensiven Auseinandersetzung und Konfrontation mit eigenen Auffassungen und Verhaltensweisen bei den Jugendlichen führen können. Anhand einzelner Lebensläufe betreuter Jugendlicher ist belegbar, dass diese pädagogischen Bemühungen zur Abkehr von extremen intoleranten Ansichten und Verhaltensweisen geführt haben. Durch die Lebensweltorientierung des sozialpädagogischen Arbeitsansatzes ist gewährleistet, dass sich die Jugendarbeit den veränderten Verkehrsformen und Bedarfslagen anpasst. Derzeit entwickelt und erprobt der Verein für akzeptierende Jugendarbeit mit seinen Fachkräften ein Verfahren zur Qualitätssicherung und Evaluation aufsuchender Jugendarbeit.

Die Gerichts- und Bewährungshilfe überwacht im Auftrag der Gerichte die Erfüllung von Auflagen und Weisungen. Sie unterstützt die Klienten durch Beratung, Anleitung und Hilfestellung. Ziel ist es, die Klienten zu befähigen, zukünftig ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne weitere Straffälligkeiten zu führen. In diesem Zusammenhang gestaltet sich die Beratungs- und Betreuungstätigkeit individuell nach den Erfordernissen des Einzelfalles. Es gibt deshalb bei den Sozialen Diensten der Justiz keine Betreuungsangebote, die gezielt auf den fraglichen Personenkreis abgestellt wären. Für den Fall, dass Jugendliche und Heranwachsende mit Gewaltbereitschaft und rechtsradikalem Hintergrund den Sozialen Diensten der Justiz zugewiesen würden, käme die Vermittlung dieser Klienten in bereits bestehende Projekte, die vom Amt für Soziale Dienste gefördert werden, in Betracht.

In der Jugendvollzugseinrichtung des Landes Bremen sind nur vereinzelt Jugendliche und Heranwachsende inhaftiert, die der rechtsradikalen Szene zugerechnet werden können. Die Frage nach spezifischen Gruppenangeboten für diese Jugendlichen stellt sich somit nicht. Die Jugendlichen werden, sofern sie mit Gewalttaten aufgefallen bzw. straffällig geworden sind, von dem Psychologen und der Anti-Gewalt-Trainerin betreut. Bei Lockerungsfähigkeit werden sie u. U. auch zu einem Anti-Gewalt-Training außerhalb der Anstalt geschickt. Des Weiteren setzen sich die Mitarbeiter der jeweiligen Station mit den Insassen wegen dieser Problematik auseinander. Das Angebot des anstalts-eigenen Anti-Gewalt-Trainings besteht seit einem halben Jahr und befindet sich noch in der Aufbauphase.

6. Wie wirken die spezifischen Angebote unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten?

Anhand einzelner Entwicklungsverläufe von jungen Menschen aus rechten Szenen ist nachvollziehbar, dass die pädagogische Kontakt- und Begleitarbeit der Jugendhilfe nicht nur zur Lösung individueller Hilfebedarfe, sondern auch zur Abkehr von extremen intoleranten Ansichten und Verhaltensweisen geführt haben. Bei einem großen Teil ehemaliger Cliquesmitglieder konnte eine Stabilisierung und Normalisierung über Arbeit und soziale Beziehungen erreicht werden. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales geht davon aus, dass die präventiven Angebote der Jugendhilfe maßgeblich dazu beigetragen haben, dass fremdenfeindliche Gewalttaten junger Menschen in der Stadtgemeinde Bremen bisher kaum vorgefallen sind.

Anerkannte Verfahren zur Wirkungskontrolle stehen nicht zur Verfügung. In den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe werden zurzeit Instrumente der Evaluation entwickelt und erprobt (siehe auch Antwort zu Frage 5).

7. Welche haushaltspolitischen Konsequenzen ergeben sich aus den präventiven Angeboten (Kosten und vermiedene Kosten)?

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ist der Überzeugung, dass die vorhandenen generellen und speziellen Programme der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit, dazu beitragen, dass rechtsradikale Jugendgruppen im Leben und für das Leben junger Menschen in Bremen nur eine geringe Bedeutung haben. Deshalb verfolgt der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales weiter das Ziel, die genannten Programme, insbesondere das des Vereins für akzeptierende Jugendarbeit, im Umfang von 420.000 DM jährlich zu stabilisieren.